



N i e d e r s c h r i f t

**der 42. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Hauptausschusses am 23.05.2018**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale)

Zeit: 16:00 Uhr bis 17:41 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Dr. Bernd Wiegand	Oberbürgermeister
Dr. Annegret Bergner	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Bernhard Bönisch	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Scholtyssek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Ulrike Wünscher	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
	Vertreterin für Herrn Dr. Wöllenweber
Dr. Erwin Bartsch	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
	Vertreter für Herrn Dr. Meerheim
Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
	Vertreterin für Herrn Lange
Elisabeth Nagel	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Johannes Krause	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Eric Eigendorf	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Christian Feigl	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
	Vertreter für Frau Dr. Brock
Tom Wolter	Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM

Verwaltung:

Egbert Geier	Bürgermeister
Dr. Judith Marquardt	Beigeordnete für Kultur und Sport
Katharina Brederlow	Beigeordnete für Bildung und Soziales
Sabine Ernst	Leiterin Büro des Oberbürgermeisters
Oliver Paulsen	Grundsatzreferent
Marco Schreyer	Leiter Fachbereich Recht
Dörthe Riedel	Referentin
Maik Stehle	Protokollführer

Entschuldigt fehlten:

Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Hendrik Lange	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Bodo Meerheim	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Inés Brock	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu **Einwohnerfragestunde**

zu **Herr Fritz zur Schöffenwahl**

Herr Fritz bezog sich auf die Tagesordnungspunkte 5.1, 5.2 und 5.3 und teilte mit, dass er nicht in die Kandidatenliste zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter für das Obergerverwaltungsgericht einsehen konnte. Durch den Fachbereich Recht wurde ihm mitgeteilt, dass dies aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht einsehbar ist.

Er sagte, dass es sich um ein Ehrenamt handelt und gemäß Verwaltungsgerichtsordnung die Bürgerinnen und Bürger der Stadt ein Mitspracherecht im Bewerbungsverfahren haben.

Er fragte, ob zumindest die Namen der Bewerber vor der Stadtratssitzung eingesehen werden können.

Herr Schreyer wies darauf hin, dass die Zurverfügungstellung der Daten durch die Verwaltung einer Rechtsgrundlage bedarf. Diese Rechtsgrundlage gibt es für ehrenamtliche Richterinnen und Richter am Obergerverwaltungsgericht nicht. Die Verwaltung wurde durch den Präsidenten des Obergerverwaltungsgerichts ausdrücklich aufgefordert, nur den Beschlussgremien, Hauptausschuss und Stadtrat, die Vorschlagsliste zur Verfügung zu stellen.

Weiter sagte er, dass es sich bei Schöffen um ehrenamtliche Richterinnen und Richter der Strafgerichtsbarkeit handelt. Bei ihnen gibt es eine eingeschränkte gesetzliche Grundlage. Durch diese gesetzliche Grundlage ist die Verwaltung verpflichtet, die Vorschlagslisten nach Beschlussfassung im Stadtrat eine Woche öffentlich auszulegen.

Herr Fritz fragte, auf welcher Rechtsgrundlage die Pflicht zum Schutz der personenbezogenen Daten beruht, da die Daten zur Wahl der Vertrauenspersonen am Amtsgericht öffentlich einsehbar sind.

Herr Schreyer antwortete, dass die Pflicht zum Schutz personenbezogener Daten aus dem Datenschutzgesetz des Landes Sachsen-Anhalt abgeleitet wird. Demnach besteht kein Recht, diese Daten zu veröffentlichen.

Bezugnehmend auf die Vertrauenspersonen erklärte er, dass es sich um eine Wahl handelt. Die Vorschlagslisten werden im Stadtrat beschlossen. Die Wahlen finden durch den Wahlausschuss der jeweiligen Gerichte statt.

Herr Fritz sagte, dass im Bereich der Schöffenwahlen die Möglichkeit eingeräumt wird, Einspruch gegen die Entscheidung zu erheben. Er fragte, wie zu verfahren ist, wenn ein Bürger der Stadt mit einem Kandidaten für die Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter am Obergerverwaltungsgericht nicht einverstanden ist und wie in diesem Fall die Namen zu erfahren sind.

Herr Schreyer antwortete, dass es klare gesetzliche Regelungen gibt und regte an, beim Präsidenten des Obergerverwaltungsgerichts nachzufragen.

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand eröffnete die öffentliche Sitzung des Hauptausschusses. Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand schlug vor, folgende Punkte von der Tagesordnung zu nehmen:

TOP 5.8 + Änderungsantrag TOP 5.8.1

Richtlinie zum Verfahren der Vergabe sowie Unterhaltung und Pflege von Ehrengrabstätten auf den kommunalen Friedhöfen der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: VI/2017/03653

- **Vorschlag: absetzen**
- **gleiche Voten in den Fachausschüssen**

TOP 6.1

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Instandsetzung von Fuß- und Radwegen

Vorlage: VI/2018/03722

- **Vorschlag: absetzen**
- **gleiche Voten in den Fachausschüssen**

TOP 6.2

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Pestizidverzicht auf verpachteten Flächen der Stadt

Vorlage: VI/2018/03731

- **Vorschlag: absetzen**
- **Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften hat sich für „nicht zuständig“ erklärt und Antrag nicht behandelt.**
- **Hauptausschuss nicht notwendig, da keine 2 Fachausschüsse betroffen**

TOP 6.3

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Flächen am Sandanger als öffentliche Bolzplätze erhalten

Vorlage: VI/2015/01188

- **Vorschlag: vertagen**
- **im Sportausschuss und im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vertagt**

TOP 6.4

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den Projekten Sandangerbrücke und Slipanlage Elisabethsaale

Vorlage: VI/2018/03964

- **Vorschlag: absetzen**

→ gleiche Voten in den Fachausschüssen

TOP 6.5

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen für Baumfällungen im Jahr 2013 im Bereich der Halle-Saale-Schleife

Vorlage: VI/2018/03885

→ **Vorschlag: vertagen**

→ **im Ausschuss für Planungsangelegenheiten vertagt**

TOP 6.6

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Gestaltung der Fassade des Stadthauses

Vorlage: VI/2018/03881

→ **Vorschlag: vertagen**

→ **im Kulturausschuss, Ausschuss für Planungsangelegenheiten, Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vertagt**

TOP 6.7 + Änderungsanträge 6.7.1 und 6.7.2

Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und DIE LINKE zur Ausgestaltung des Halle-Passes A

Vorlage: VI/2018/03855

→ **Vorschlag: absetzen**

→ **gleiche Voten in den Fachausschüssen**

TOP 6.8

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Unterstützung der Schulgartenarbeit

Vorlage: VI/2018/03809

→ **Vorschlag: absetzen**

→ **gleiche Voten in den Fachausschüssen**

TOP 6.9

Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Organisation des Ordnungsdienstes

Vorlage: VI/2018/03801

→ **Vorschlag: absetzen**

→ **im Ausschuss für Personalangelegenheiten zurückgezogen**

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte, dass folgender Punkt auf die Tagesordnung gesetzt werden soll:

Dringlichkeitsvorlage

Genehmigung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2018 im Fachbereich Bauen

Vorlage: VI/2018/04098

→ **2/3 Mehrheit erforderlich**

→ **Behandlung unter TOP 5.10**

Herr Geier führte in die Dringlichkeitsvorlage ein und begründete diese.

Frau Nagel sagte, dass die Vorlage in Session nicht einsehbar ist.

Herr Stehle informierte, dass die Dringlichkeitsvorlage nochmals per E-Mail an die Ausschussmitglieder versendet wird.

Herr Feigl sagte, dass auch der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN nicht einsehbar ist.

Herr Stehle versendete ebenfalls die Unterlagen per E-Mail.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand unterbrach die Sitzung für 5 Minuten.

Es gab keine Wortmeldungen zur Dringlichkeit.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bat um Abstimmung zur Aufnahme der Dringlichkeitsvorlage auf die Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand schlug weiterhin vor, folgenden Tagesordnungspunkt auf die Tagesordnung zu setzen.

TOP 3.1

Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift vom 21.03.2018

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies auf folgende Änderungen und Ergänzungen:

TOP 5.7

Änderung der Richtlinie für die Gewährung von Zuschüssen zur Förderung von städtepartnerschaftlichen Beziehungen der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2018/03932

→ **hier liegt ein Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor**

TOP 5.9.2

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale)", Vorlage: VI/2016/02672
Vorlage: VI/2017/03591

→ **Beschlussvorschlag geändert**

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Es wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

Aktuelle Stunde "Maßnahmen der Stadtverwaltung zur Umsetzung der barrierefreien Informationsvermittlung"

- 2.1. Dringlichkeiten
- 3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift vom 18.04.2018
- 3.1. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift vom 21.03.2018
- 4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Mitwirkung der Stadt Halle (Saale) bei der Wahl der Schöffen für die Strafgerichtsbarkeit des Amtsgerichts Halle (Saale) und des Landgerichts Halle
Vorlage: VI/2018/04014
- 5.2. Mitwirkung der Stadt Halle (Saale) bei der Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter für das Oberverwaltungsgericht des Landes Sachsen-Anhalt
Vorlage: VI/2018/04017
- 5.3. Wahl von Vertrauenspersonen und Stellvertreter/-innen als Beisitzer für den Schöffenwahlausschuss beim Amtsgericht Halle (Saale)
Vorlage: VI/2018/04016
- 5.4. Zweckvereinbarung über die Erbringung rettungsdienstlich indizierter Intensivtransportwagen-Leistungen durch die Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2018/03863
- 5.5. Vereinbarung über die Zusammenarbeit des Dienstleistungszentrums Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung und der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis GmbH
Vorlage: VI/2018/03822
- 5.6. Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) in der Max-Planck-Gesellschaft
Vorlage: VI/2018/04039
- 5.7. Änderung der Richtlinie für die Gewährung von Zuschüssen zur Förderung von städtepartnerschaftlichen Beziehungen der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2018/03932
- 5.7.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Änderung der Richtlinie für die Gewährung von Zuschüssen zur Förderung von städtepartnerschaftlichen Beziehungen der Stadt Halle (Saale)" VI/2018/03932
Vorlage: VI/2018/04101
- 5.8. *Richtlinie zum Verfahren der Vergabe sowie Unterhaltung und Pflege von Ehrengrabstätten auf den kommunalen Friedhöfen der Stadt Halle (Saale)*
Vorlage: VI/2017/03653 *abgesetzt*
- 5.8.1 *Änderungsantrag aller Stadtratsfraktionen zur Richtlinie zum Verfahren der Vergabe sowie Unterhaltung und Pflege von Ehrengrabstätten (Vorlagen-Nummer: VI/2017/03653)*
Vorlage: VI/2018/03912 *abgesetzt*
- 5.9. 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2016/02672

- 5.9.1 Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2017/03667
- 5.9.2 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale)", Vorlage: VI/2016/02672
Vorlage: VI/2017/03591
- 5.10. Genehmigung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2018 im Fachbereich Bauen
Vorlage: VI/2018/04098
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. *Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SPD zur Instandsetzung von Fuß- und Radwegen*
Vorlage: VI/2018/03722 abgesetzt
- 6.2. *Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Pestizidverzicht auf verpachteten Flächen der Stadt*
Vorlage: VI/2018/03731 abgesetzt
- 6.3. *Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Flächen am Sandanger als öffentliche Bolzplätze erhalten*
Vorlage: VI/2015/01188 vertagt
- 6.4. *Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den Projekten Sandangerbrücke und Slipanlage Elisabethsaale*
Vorlage: VI/2018/03964 abgesetzt
- 6.5. *Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen für Baumfällungen im Jahr 2013 im Bereich der Halle-Saale-Schleife*
Vorlage: VI/2018/03885 vertagt
- 6.6. *Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Gestaltung der Fassade des Stadthauses*
Vorlage: VI/2018/03881 vertagt
- 6.7. *Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und DIE LINKE zur Ausgestaltung des Halle-Passes A*
Vorlage: VI/2018/03855 abgesetzt
- 6.7.1 *Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion zum Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und DIE LINKE zur Ausgestaltung des Halle-Passes A* VI/2018/03855
Vorlage: VI/2018/03909 abgesetzt
- 6.7.2 *Änderungsantrag des Stadtrates Markus Klätte zum Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und DIE LINKE zur Ausgestaltung des Halle-Passes A (Vorlage-Nr. VI/2018/03855)*
Vorlage: VI/2018/04038 abgesetzt

- 6.8. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Unterstützung der Schulgartenarbeit
Vorlage: VI/2018/03809 abgesetzt
- 6.9. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Organisation des
Ordnungsdienstes
- zurückgezogen -
Vorlage: VI/2018/03801 abgesetzt
- 6.10. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Visualisierung von
Bauprojekten
Vorlage: VI/2018/03897
7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
8. Mitteilungen
- 8.1. Anregung der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Beachtung von Kriterien ökologischen
und fairen Handels bei der Beschaffung von Arbeitskleidung
Vorlage: VI/2018/04015
- 8.2. Mitteilung zur Anregung von Herrn Senius zur Fachtagung "Neue Fäden im Bildungsnetz"
am 19.03.2018
- 8.3. Mitteilung zur Anregung von Herrn Senius zur Kostenbeitragerstattung bei Streiks in
Kindertageseinrichtungen
- 8.4. Anregung des Stadtrates Dirk Gernhardt (Fraktion DIE LINKE) - Tool zur Bestimmung der
Kosten des PKW- und LKW-Verkehrs nutzen
Vorlage: VI/2018/03955
- 8.5. Mitteilung zur Anregung der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur
Einführung einer praxisintegrierten Erzieherausbildung (PiA)
- 8.6. Mitteilung zur Anregung von Frau Dr. Schöps zur Verbesserung des Schutzes der
Bevölkerung vor kommunikationsinduzierter elektromagnetischer Strahlung
10. Anregungen

**zu Aktuelle Stunde "Maßnahmen der Stadtverwaltung zur Umsetzung der
barrierefreien Informationsvermittlung"**

Herr Wolter führte in die Thematik zur Umsetzung der barrierefreien Informationsvermittlung ein.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte, dass durch die ITC Halle mitgeteilt wurde, dass durch die Stadt Halle (Saale) der gesetzliche Anspruch im Hinblick auf die Barrierefreiheit erfüllt wird.

Er bat um Konkretisierung der Fragen.

Herr Wolter sagte, dass ein Missverständnis vorliegt. Er sagte, dass davon ausgegangen wurde, dass Gäste eingeladen werden und die Stadt zur Thematik informiert.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte, dass es zum einen das Behindertengleichstellungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt, die Behindertengleichstellungsverordnung und die Richtlinie des Europäischen Parlamentes und des Rates über den barrierefreien Zugang zu Websites und mobilen Anwendungen öffentlicher Stellen gibt. Er sagte, dass aus den Fragen nicht zu entnehmen ist, auf welche gesetzliche Grundlage in den Fragen Bezug genommen wird.

Er merkte an, dass die Richtlinie des Europäischen Parlamentes und des Rates über den barrierefreien Zugang zu Websites und mobilen Anwendungen öffentlicher Stellen bis 23.09.2018 in deutsches Recht umzusetzen ist. Websites, welche nach dem 23.09.2018 veröffentlicht werden, müssen bis zum 23.09.2019 den Anforderungen der Richtlinie entsprechen. Websites die bis zum 23.09.2018 veröffentlicht werden, müssen bis zum 23.09.2020 den Anforderungen entsprechen.

Herr Wolter zog den Antrag auf Aktuelle Stunde zurück und sicherte eine Präzisierung der Fragen zu. Er sagte, dass in der aktuellen Stunde der aktuelle Stand und die Maßnahmen zur Umsetzung der Barrierefreiheit geklärt werden sollten.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, sodass **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** die aktuelle Stunde beendete.

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift vom 18.04.2018

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift.

zu 3.1 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift vom 21.03.2018

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Es wurden keine Beschlüsse in nicht öffentlicher Sitzung am 18.04.2018 gefasst.

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.1 Mitwirkung der Stadt Halle (Saale) bei der Wahl der Schöffen für die Strafgerichtsbarkeit des Amtsgerichts Halle (Saale) und des Landgerichts Halle Vorlage: VI/2018/04014

Frau Haupt fragte, ob sich Personen als Schöffen in der Strafgerichtsbarkeit und gleichzeitig

als ehrenamtlicher Richter beim Oberverwaltungsgericht bewerben können.

Herr Schreyer sagte, dass beide ehrenamtlichen Funktionen gleichzeitig ausgeführt werden können und es keine gesetzliche Grundlage gibt, welche dies verbietet. Er informierte, dass die Vorschlagsliste vor dem Stadtrat aktualisiert wird, da noch 3 Bewerbungen eingegangen sind. Die Bewerbungen werden derzeit geprüft.

Herr Krause erfragte den Gegenstand der Überprüfung.

Herr Schreyer antwortete, dass Voraussetzungen gesetzlich festgelegt sind und anhand eines bundesweiten Formulars beantwortet werden. Er sagte, dass nur Bewerber in die Vorschlagsliste aufgenommen werden, die den Voraussetzungen entsprechen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht, sodass **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** um Abstimmung der Beschlussvorlage bat.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Vorschlagsliste für die Wahl der Schöffen für die Strafgerichtsbarkeit des Amtsgerichts Halle (Saale) und des Landgerichts Halle.

zu 5.2 Mitwirkung der Stadt Halle (Saale) bei der Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter für das Oberverwaltungsgericht des Landes Sachsen-Anhalt
Vorlage: VI/2018/04017

Herr Wolter fragte, ob auf einen öffentlichen Aufruf seitens der Stadtverwaltung verzichtet wurde und ob dadurch eine Einschränkung des Wahlrechts erfolgt.

Herr Schreyer antwortete, dass es keine Regelungen gibt, wie die Vorschlagsliste für Bewerber am Oberverwaltungsgericht aufzustellen ist. Er sagte, dass der Präsident des Oberverwaltungsgerichts die Anzahl der Kandidaten auf der Vorschlagsliste selbstständig festlegt.

Herr Schreyer informierte über die Bewerbungsverfahren der Schöffen und ehrenamtlichen Richterinnen und Richtern. Er sagte, dass ehrenamtliche Richterinnen und Richter, welche derzeit das Ehrenamt ausführen, angeschrieben und nach deren Interesse befragt wurden. Durch dieses Verfahren konnten die festgelegten 8 Kandidaten auf die Vorschlagsliste genommen werden. Aus diesem Grund wurde auf einen öffentlichen Aufruf verzichtet.

Herr Krause fragte, ob das polizeiliche Führungszeugnis ein Überprüfungskriterium darstellt.

Herr Schreyer antwortete, dass das polizeiliche Führungszeugnis vom Präsidenten des Oberverwaltungsgerichtes abgefordert und geprüft wird.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** bat um Abstimmung der Beschlussvorlage.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Vorschlagsliste für die Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter für das Oberverwaltungsgericht des Landes Sachsen-Anhalt.

**zu 5.3 Wahl von Vertrauenspersonen und Stellvertreter/-innen als Beisitzer für den Schöffenwahlausschuss beim Amtsgericht Halle (Saale)
Vorlage: VI/2018/04016**

Herr Schreyer sagte, dass zur Beschlussfassung in der Stadtratssitzung die Mehrheit der Anwesenden sowie mindestens die Hälfte der gesetzlichen Mitglieder benötigt wird. Er informierte, dass die Wahl offen durchgeführt werden kann, wenn es keinen Widerspruch gibt.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** bat um Abstimmung der Beschlussvorlage.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat wählt folgende Vertrauenspersonen und Stellvertreter/-innen als Beisitzer für den Schöffenwahlausschuss beim Amtsgericht Halle (Saale):

Vertrauenspersonen	Stellvertreter/-innen
1. Frau Karin Ciesiolka, Franzosenweg 18, 06112 Halle (Saale)	1. Herr Thoralf Thämelt, Universitätsring 8, 06108 Halle (Saale)
2. Frau Ute Haupt, Staßfurter Straße 7, 06132 Halle (Saale)	2. Frau Renate Krimmling, Kurzer Rain 6, 06116 Halle (Saale)
3. Herr Hannes Adam, Ernst-Kromayer-Straße 10, 06112 Halle (Saale)	3. Herr Gottfried Koehn, Walter-Hülse-Straße 8, 06120 Halle (Saale)
4. Herr Martin Bauersfeld, Händelstraße 24, 06114 Halle (Saale)	4. Herr Tom Wolter, Hoher Weg 15, 06120 Halle (Saale)
5. Herr Stefan Suerbier, Puschkinstraße 9, 06108 Halle (Saale)	5. Frau Melanie Ranft, Hufelandstraße 2, 06120 Halle (Saale)

**zu 5.4 Zweckvereinbarung über die Erbringung rettungsdienstlich indizierter Intensivtransportwagen-Leistungen durch die Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2018/03863**

Es gab keine Wortmeldungen, sodass **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** um Abstimmung bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die folgende Zweckvereinbarung über die Erbringung rettungsdienstlich indizierter Intensivtransportwagen-Leistungen der Stadt Halle (Saale) für die Landeshauptstadt Magdeburg.

- zu 5.5 Vereinbarung über die Zusammenarbeit des Dienstleistungszentrums Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung und der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis GmbH
Vorlage: VI/2018/03822**

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand beantragte das Rederecht für Herrn Götte.

Es gab keine Wortmeldungen. **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** ließ die Beschlussvorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister mit dem Abschluss der beigefügten Vereinbarung über die Zusammenarbeit des Dienstleistungszentrums Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung und der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis GmbH.

- zu 5.6 Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) in der Max-Planck-Gesellschaft
Vorlage: VI/2018/04039**

Es gab keine Wortmeldungen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bat um Abstimmung der Beschlussvorlage.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat stimmt dem Beitritt der Stadt Halle (Saale) als Förderndes Mitglied zur Max-Planck-Gesellschaft zu.

- zu 5.7 Änderung der Richtlinie für die Gewährung von Zuschüssen zur Förderung von städtepartnerschaftlichen Beziehungen der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2018/03932**
-

**zu 5.7.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur
Beschlussvorlage "Änderung der Richtlinie für die Gewährung von
Zuschüssen zur Förderung von städtepartnerschaftlichen Beziehungen der
Stadt Halle (Saale)" VI/2018/03932
Vorlage: VI/2018/04101**

Herr Feigl führte in den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein und begründete diesen.

Herr Paulsen führte in die Beschlussvorlage der Verwaltung ein und begründete diese. Er sagte, dass auch dem Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gefolgt werden kann.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** bat zunächst um Abstimmung des Änderungsantrages.

**zu 5.7.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur
Beschlussvorlage "Änderung der Richtlinie für die Gewährung von
Zuschüssen zur Förderung von städtepartnerschaftlichen Beziehungen der
Stadt Halle (Saale)" VI/2018/03932
Vorlage: VI/2018/04101**

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschlussvorschlag:

§ 2 der Richtlinie für die Gewährung von Zuschüssen zur Förderung von städtepartnerschaftlichen Beziehungen der Stadt Halle (Saale) erhält folgende Fassung:

„§ 2 Umfang der Förderung

- (1) Für Bürgerreisen in Partnerstädte und befreundete Städte kann ein Zuschuss in Höhe von ~~30~~ **50** Euro pro Person, höchstens jedoch 1.000 Euro je Fahrt gewährt werden. Für Anspruchsberechtigte des Halle-Passes kann ein Zuschuss in Höhe von 80 Euro pro Person gewährt werden. Die Anspruchsberechtigung und die tatsächliche Teilnahme an der Reise ist durch den Antragstellenden gegenüber der Stadt für jede Person nachzuweisen.
- (2) Besuchsprogramme für Gäste aus den Partnerstädten und befreundeten Städten können mit einem Zuschuss von bis zu 500 Euro unterstützt werden.
- (3) Bei Schüleraustauschfahrten in die Partnerstädte und befreundeten Städte der Stadt Halle (Saale) können Fahrtkostenzuschüsse in Höhe von ~~30~~ **50** Euro pro Person gewährt werden. Für Anspruchsberechtigte des Halle-Passes kann ein Zuschuss in Höhe von 80 Euro pro Person gewährt werden. Die Anspruchsberechtigung und die tatsächliche Teilnahme an der Reise ist durch den Antragstellenden gegenüber der Stadt für jede Person nachzuweisen.
Bei Gegenbesuchen von Schulklassen der Partnerstädte bzw. der befreundeten

Städte in Halle (Saale) kann für die Gestaltung eines von der Schule ausgearbeiteten Programms ein Zuschuss von bis zu 500 Euro gewährt werden.“

Dann ließ **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** die Beschlussvorlage abstimmen.

- zu 5.7 Änderung der Richtlinie für die Gewährung von Zuschüssen zur Förderung von städtepartnerschaftlichen Beziehungen der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2018/03932**

Abstimmungsergebnis: zugestimmt mit Änderungen

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die geänderte Richtlinie für die Gewährung von Zuschüssen zur Förderung von städtepartnerschaftlichen Beziehungen der Stadt Halle (Saale) entsprechend der Anlage.

- zu 5.9 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2016/02672**

-
- zu 5.9.1 Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2017/03667**

-
- zu 5.9.2 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale)", Vorlage: VI/2016/02672
Vorlage: VI/2017/03591**

Herr Scholtyssek fragte, warum der Betriebsausschuss Eigenbetrieb Kindertagesstätten die Beschlussvorlage nicht auf der Tagesordnung hat.

Frau Schaarschmidt sagte, dass der Betriebsausschuss bereits abgestimmt hat und der Hauptausschuss die Vorlage vertagt hat.

Herr Scholtyssek erfragte den Grund zur Änderung der Beschlussvorlage.

Frau Schaarschmidt informierte, dass Änderungswünsche berücksichtigt wurden und somit eine Kostenerstattung bereits ab dem ersten Schließungstag erfolgt.

Herr Feigl führte in den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein und begründete diesen. Er sagte, dass in der Satzung bisher die höheren Gewalten, wie zum Beispiel Wasserrohrbruch oder Orkan, nicht berücksichtigt wurden.

Herr Krause begrüßte die Änderung der Verwaltung in der Beschlussvorlage. Er fragte, ob in der Beschlussvorlage der Begriff „Streik“ durch „Arbeitskampf“ ersetzt wurde.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bestätigte dies.

Frau Schaarschmidt fügte hinzu, dass bei Orkanen die Einrichtungen bisher nicht über mehrere Tage geschlossen, sondern die Kinder immer in Ausweicheinrichtungen aufgenommen wurden. Sie sagte, dass die Satzung nur für den Eigenbetrieb Kindertagesstätten maßgebend ist.

Herr Wolter sagte, dass das Jobcenter für viele Familien die Kindertagesbeiträge übernimmt und gesetzlich verpflichtet ist, sich diese Beiträge erstatten zu lassen. Er fragte, ob diese Auswirkungen geprüft wurden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte eine Beantwortung im Stadtrat zu.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** ließ zunächst den Änderungsantrag 5.9.2 abstimmen.

zu 5.9.2 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale)", Vorlage: VI/2016/02672 Vorlage: VI/2017/03591

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

~~§ 4 Absatz 3 in § 1 der 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale) wird geändert und erhält folgende Fassung:~~

~~„Der Kostenbeitrag ist in voller Höhe auch dann zu entrichten, wenn das Kind die Kindertageseinrichtung bzw. Kindertagespflegestelle aufgrund von Erkrankung, Urlaub und sonstigen Gründen nicht besucht. Der Kostenbeitrag ist in voller Höhe auch während der Betriebsferien, **bei Brückentagen streikbedingter Schließung oder anderen Schließzeiten der Kindertages-einrichtung oder Tagespflegestelle** sowie bei Urlaub oder Erkrankung der Tagespflegeperson zu entrichten.~~

~~**Konnte das zu betreuende Kind wegen streikbedingter Schließungen oder Schließungen aufgrund von Schadensereignissen (insbesondere infolge von Hochwasser, Orkan, Brand, Wasserrohrbruch, Vandalismus) an mehr als drei aufeinanderfolgenden Tagen die Kindertageseinrichtung bzw. Kinderpflegestelle nicht besuchen, wird der Kostenbeitrag ab dem vierten Tag entsprechend gemindert. Die Höhe der Reduzierung des Beitrages beträgt für jeden Tag, an dem die Betreuung ausgefallen ist, 1/20 des monatlichen Kostenbeitrages. Eine Reduzierung entfällt, wenn durch die Stadt Halle ein alternatives Betreuungsangebot unterbreitet wurde.“**~~

~~§ 4 Absatz 3 in § 1 der 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale) wird geändert und erhält folgende Fassung:~~

„Der Kostenbeitrag ist in voller Höhe auch dann zu entrichten, wenn das Kind die Kindertageseinrichtung bzw. Kindertagespflegestelle aufgrund von Erkrankung, Urlaub und sonstigen Gründen nicht besucht. Der Kostenbeitrag ist in voller Höhe auch während der Betriebsferien, ~~bei Brückentagen streikbedingter Schließung oder anderen Schließzeiten der Kindertages-einrichtung oder Tagespflegestelle~~ sowie bei Urlaub oder Erkrankung der Tagespflegeperson zu entrichten.

Konnte das zu betreuende Kind wegen arbeitskampfbedingter Schließungen die Kindertageseinrichtung bzw. Kindertagespflegestelle nicht besuchen, wird der Kostenbeitrag erlassen, wenn kein alternatives Betreuungsangebot unterbreitet wurde.

Konnte das zu betreuende Kind wegen Schließungen aufgrund von Schadensereignissen (insbesondere infolge von Hochwasser, Orkan, Brand, Wasserrohrbruch, Vandalismus) an mehr als drei aufeinanderfolgenden Tagen die Kindertageseinrichtung bzw. Kindertagespflegestelle nicht besuchen und wurde kein alternatives Betreuungsangebot unterbreitet, wird der Kostenbeitrag ab dem vierten Tag entsprechend gemindert.

Die Höhe der Reduzierung des Beitrages beträgt für jeden Tag, an dem die Betreuung ausgefallen ist, 1/20 des monatlichen Kostenbeitrages.“

Dann ließ **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** den Änderungsantrag TOP 5.9.1 abstimmen.

**zu 5.9.1 Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2017/03667**

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

Der §4 der Satzung über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale) wird wie folgt geändert:

§ 4

Entstehen und Ende der Kostenbeitragsschuld

(3) Der Kostenbeitrag ist in voller Höhe auch dann zu entrichten, wenn das Kind die Kindertageseinrichtung bzw. Kindertagespflegestelle aufgrund von Erkrankung, Urlaub und sonstigen Gründen nicht besucht. Der Kostenbeitrag ist in voller Höhe auch während der Betriebsferien, ~~streikbedingter Schließung~~ oder anderen Schließzeiten der Kindertageseinrichtung oder Tagespflegestelle sowie bei Urlaub oder Erkrankung der Tagespflegeperson zu entrichten.

Ergänzung:

Bei streikbedingter Schließung ist der Kostenbeitrag bis zum 10 Tag des Streiks in voller Höhe zu entrichten. Ab dem 11 Streiktag besteht ein Anspruch auf Erstattung bis zum Streikende.

Dann ließ **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** die Beschlussvorlage abstimmen.

zu 5.9 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2016/02672

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale).

zu 5.10 Genehmigung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2018 im Fachbereich Bauen
Vorlage: VI/2018/04098

Herr Geier führte in die Beschlussvorlage ein und begründete diese.

Es gab keine Wortmeldungen, sodass **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** um Abstimmung der Beschlussvorlage bat.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung (VE) für das Haushaltsjahr 2018 im Finanzhaushalt für folgende Investitionsmaßnahme:

PSP-Element 8.54101096 Salzmünder Straße, 2. BA (HHPL Seite 694, 1262)
Finanzpositionsgruppe 785 Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von **1.490.700 EUR**.

Die Deckung erfolgt aus folgender Investitionsmaßnahme:

PSP-Element 8.54401020 Ausbau B 6/ Leipziger Chaussee (HHPL Seite 724, 1263, 1298)
Finanzpositionsgruppe 785 Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von **1.490.700 EUR**.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 6.10 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Visualisierung von Bauprojekten
Vorlage: VI/2018/03897

Herr Wolter sagte, dass im Ausschuss für Planungsangelegenheiten bereits über den Antrag diskutiert wurde. Er fragte den Oberbürgermeister, ob es für eine mögliche Umsetzung eine Kostenschätzung gibt. Weiter fragte er, wie, wann und wo die Umsetzung

erfolgen könnte.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte eine Berichterstattung im Stadtrat zu. Er sagte, dass die Umsetzung durch die Stadtverwaltung avisiert wird.

Herr Wolter schlug vor, den Riebeckplatz mit dem Antrag zu verbinden.

Herr Wolter zog den Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zurück.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte zu, den Riebeckplatz anhand der Vorschläge der Fraktionen modellhaft darzustellen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, im Jahr 2019 ein Bauvorhaben, welches von großem öffentlichem Interesse ist, modellhaft in Form einer interaktiven 3D-Visualisierung in Echtzeitumgebung mit freier Navigation zu begleiten. Dies soll in einer frühen Verfahrensphase, im Rahmen einer Bürgerbeteiligung geschehen. Insbesondere der Einsatz von VR-Technologie (Virtual Reality) ist zu prüfen.

zu 7 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor.

zu 8 Mitteilungen

**zu 8.1 Anregung der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Beachtung von Kriterien ökologischen und fairen Handels bei der Beschaffung von Arbeitskleidung
Vorlage: VI/2018/04015**

Auf Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) wurde zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll erstellt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Dann gehen wir zu den Mitteilungen, die ja immer wieder Anregungen auch sind, die Sie im Stadtrat gemacht haben. Die sprechen wir durch und zunächst mal um die Mitteilung zur Anregung der SPD-Fraktion zur Beachtung von Kriterien ökologischen und fairen Handels bei der Beschaffung von Arbeitskleidung. Herr Paulsen bitte.

Herr Paulsen

Ja, sehr verehrte Damen und Herren, wir hatten ja schon berichtet im vergangenen Jahr über das Projekt „Koordination kommunaler Entwicklungspolitik“, in dem sich die Stadt

beteiligt hat, beziehungsweise Mittel beantragt hat und auch bewilligt hat. Die Stelle ist besetzt seit Mitte November letzten Jahres und eine Säule dieses Projektes ist in der Tat, und das hatten wir glaube ich auch schon erwähnt, die Etablierung von ökologisch fairen Beschaffungskriterien in das Verwaltungshandeln. Da sind wir im Moment dran, haben eine Bestandsaufnahme gemacht, arbeiten mit den einzelnen Bereichen, die beschaffen, zusammen und müssen gucken, welcher der erste Beschaffungsprozess sein kann, wo man solche Kriterien mal anwendet. Das geschieht jetzt im Laufe des Sommers. Gerne hier, wir sind ja regelmäßig auch im Austausch mit der Steuerungsgruppe zur Fair-Trade Town, wo ja auch Ihre Fraktion mit Herrn Juister vertreten ist. Wenn Ihnen das reichen würde, dann müssten wir das hier nicht aufmachen, ansonsten natürlich auch hier.

Ende Wortprotokoll.

zu 8.2 Mitteilung zur Anregung von Herrn Senius zur Fachtagung "Neue Fäden im Bildungsnetz" am 19.03.2018

Frau Schaarschmidt sagte, dass der Veranstalter der Fachtagung im kommenden Bildungsausschuss die Ergebnisse vorstellen wird.

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.3 Mitteilung zur Anregung von Herrn Senius zur Kostenbeitragserstattung bei Streiks in Kindertageseinrichtungen

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass sich die Anregung durch die Beschlussfassung erledigt hat.

Herr Krause stimmte dem zu.

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.4 Anregung des Stadtrates Dirk Gernhardt (Fraktion DIE LINKE) - Tool zur Bestimmung der Kosten des PKW- und LKW-Verkehrs nutzen
Vorlage: VI/2018/03955**

Frau Riedel informierte, dass sich die Mitarbeiter der Verwaltung die Unterlagen angeschaut haben und sich derzeit den Tool der Stadt Kassel organisieren.

Nach Vorlage des Tools soll eine Prüfung zum Kostennutzen erfolgen. Das Ergebnis wird den Stadträten zeitnah mitgeteilt.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.5 Mitteilung zur Anregung der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Einführung einer praxisintegrierten Erzieherausbildung (PiA)

Frau Schaarschmidt sagte, dass Frau Brederlow bereits Verhandlungsgespräche führt, ein Modellprojekt initiiert und eine Richtlinie erarbeitet werden soll.

Herr Wolter fragte, ob es sich um eine Richtlinie für das ganze Land oder zur modellhaften Umsetzung in der Stadt Halle (Saale) handelt.

Frau Schaarschmidt antwortete, dass es sich um eine Richtlinie für die Stadt Halle (Saale) handelt.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.6 Mitteilung zur Anregung von Frau Dr. Schöps zur Verbesserung des Schutzes der Bevölkerung vor kommunikationsinduzierter elektromagnetischer Strahlung

Frau Ernst informierte, dass Neuerungen und Standorte im interaktiven Stadtplan eingearbeitet werden. Weiterhin wird es Abstimmungen und regelmäßige Informationen im Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung geben.

zu 8.7 Mitteilung zum Schulbauprogramm

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte, dass Ministerpräsident Haseloff zur Initiierung eines Schulbauprogrammes angeschrieben wurde und zitierte aus dem Schreiben. Der Ministerpräsident hat in der Volksstimme signalisiert, dass ein Sonderprogramm für Halle und Magdeburg erarbeitet werden soll. Dieses Sonderprogramm soll im Zuge der Haushaltsberatungen diskutiert werden.

zu 8.8 Mitteilung zum Riebeckplatz

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand gab den Hinweis, dass am 29. Mai 2018 im Raum 334 des Rathshofs der Aufstellungsbeschluss zum Riebeckplatz erarbeitet werden soll. Er lud die Stadträte dazu ein und bat um rege Mitarbeit.

zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Auf Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) wurde für den Tagesordnungspunkt 9 ein Wortprotokoll erstellt.

zu 9.1 Frau Dr. Wünscher zu den Händel-Festspielen

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Dann kommen wir zur Beantwortung von mündlichen Anfragen. Frau Wünscher und dann Herr Bönisch.

Frau Dr. Wünscher

Am Freitag werden die Händel-Festspiele eröffnet und in der Stadt ist eigentlich nicht zu erkennen, dass am Freitag das sein wird. Es gibt keine Banner, es gibt keine Fahnen. Also keinerlei Hinweise darauf. Wer hätte das zu tun, wenn es denn getan hätte werden können?

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Frau Ernst, bitte.

Frau Ernst

Frau Wünscher, wir haben uns genau vor einem Jahr, glaube ich, auch über diese Frage unterhalten. Es ist entsprechend, in der Stadt sind Banner und Fahnen aufgehängt. Es gibt verschiedene Dekorationen, festlich geschmückte Bereiche. Wenn Sie da Hinweise haben, an welchen Stellen es dann noch verstärkt werden könnte, würde ich mich auch über eine entsprechende Anregung freuen. Aber aus Sicht der Verwaltung und das ist dann am Ende vielleicht auch eine Geschmacksfrage, ist entsprechend auf die Händel-Festspiele eingestimmt, aber wir sind da offen für weitere Anregungen.

Frau Dr. Wünscher

Ja, da sage ich gleich mal: der Marktplatz. Da kann ich nichts, also ich habe heute nochmal geguckt, da kann ich nichts erkennen.

zu 9.2 Frau Dr. Wünscher zur TOOH

Frau Dr. Wünscher

Ja, meine zweite Frage, die ich habe, bezieht sich auf die TOOH. Da hat gestern eine öffentliche Betriebsversammlung vor der Oper stattgefunden zu der die vier Gewerkschaften, die im Haus vertreten sind, eingeladen hatten. Und bei dieser Betriebsversammlung hat sich Herr Brenner legitimiert gefühlt, eine SMS zu verlesen von Ihnen, in der Sie der Belegschaft mitteilen, dass Sie gegen Haustarifverträge sind.

So, das kann man ja sein und das ist sicher für die Mitarbeiter gut, aber wenn ich mich recht erinnere, haben wir gerade ein Strukturanpassungskonzept 2.0 beschlossen und sowohl im Aufsichtsrat als auch im Stadtrat und da ist, um überhaupt erstmal ein Angebot auch an das Land zu machen, wie man den Mehrbedarf decken kann. Das ist ein Bestandteil, also ein gewisser Lohnverzicht gegen Freizeitausgleich und da hätte ich gerne gewusst, wie ich das verstehen soll, was dort gestern mitgeteilt wurde und die alle Beschäftigten dort, die hätten es auch gerne gewusst.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ich weiß nicht, woher Sie die Information haben. SMS verschicke ich nicht. Und von daher stimmt das schon erstmal nicht.

Frau Dr. Wünscher

Ich bin dabei gewesen und es waren mehrere Menschen, die hier im Saal sitzen, auch dabei.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Dann zeigen Sie mir die SMS.

Frau Dr. Wünscher

Na ich verfüge ja nicht über das Handy von Herrn Brenner.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Also, ganz allgemein. Die Diskussionen mit dem Land sind noch im vollen Gang. Das heißt, die Diskussion ist noch nicht abgeschlossen. Das Konsolidierungs- und Strukturanpassungskonzept 2.0 ist vom Stadtrat beschlossen und liegt dem Land im Moment vor zur Beratung. Die Gewerkschaften haben einen wesentlichen Punkt des Strukturanpassungskonzeptes abgelehnt. Dieses Ablehnen des Angebotes, das der Stadtrat ja auch beschlossen hat letztendlich, führt dazu, dass wir uns Gedanken machen müssen, wie wir damit umgehen, denn der Haustarifvertrag war eine wesentliche Grundlage dieses Konzeptes. Wenn diese wesentliche Grundlage weggefallen ist und die Gewerkschaften nicht zur Verhandlung mit dem Geschäftsführer bereit sind, so wie er es jedenfalls dargestellt hat, müssen wir uns neu orientieren und neu aufstellen, wenn das die Folge ist.

Die Schriftsätze, die der Geschäftsführer in den letzten Tagen verschickt hat, sagen deutlich, dass eine solche Vereinbarung nicht möglich ist. Dann hat das zur logischen Konsequenz und das wird momentan vom Geschäftsführer auch aufbereitet und findet sich wieder in dem Wirtschaftsplan, der Ihnen dann vorgelegt wird im Juni, dass er sich Gedanken machen muss, gemeinsam auch mit den Mitgliedern, möglicherweise des Aufsichtsrates, zu dem Sie auch angehören, dass er sich Gedanken machen muss, wie er den Wirtschaftsplan aufstellt. Ich hatte Ihnen zugesagt, dass der Wirtschaftsplan im Juni Ihnen vorliegt und, dass definitiv, möglicherweise dann Anfang August, auch der Wirtschaftsplan 2019 vorliegen wird. Jedenfalls so rechtzeitig, dass Sie diesmal darüber auch ordnungsgemäß entscheiden können, weil wir das natürlich auch brauchen für die Planung des Haushaltes.

Meine persönliche Einschätzung ist und meine Meinung ist, die ich auch immer wieder kundgetan habe, ich möchte eine dauerhafte Sanierung der TOOH. Das geht nicht, wenn Programme vorgelegt werden, in denen mehrere Beteiligte sind und wir in eine Abhängigkeit geraten, sowohl zum Land, sowohl zu den Tarifparteien. Ich persönlich habe das auch immer klar geäußert, wie einige Mitglieder des Stadtrates auch, dass die Haustarife keine günstige Lösung sind, weil sie immer wieder Einfallstore bilden zur Verhandlung.

Wir haben uns hier bereiterklärt, mehrheitlich, dass wir dieses Konsolidierungskonzept 2.0 zunächst mal auch stützen, weil es auch ein Vorschlag ist, der vom Geschäftsführer über den Aufsichtsrat dann in den Stadtrat gekommen ist, aber er nur dann funktioniert, wenn alle Teile eingehalten werden. Und das ist momentan nicht der Fall. Das heißt, wir müssen uns neu Gedanken machen und neu orientieren. Diese Neuorientierung werden Sie finden im Wirtschaftsplan, sowohl 2018 und 2019.

Meine persönliche Meinung ist ganz deutlich und sie ist auch allen bekannt. Ich bin gegen Haustarife, sondern für die flächenmäßige Anwendung der Flächentarife. Das ist meine Meinung und dafür werde ich mich, wenn dieses Konzept jetzt nicht umsetzbar ist, und alles deutet daraufhin, dass wir uns für die Zahlen neu unterhalten müssen. Das ist meine Position und Sie werden diese Meinung, die wir ja auch schon bereits im Aufsichtsrat diskutiert haben, dann auch in meinen Meinungen, also in meinen Vorschlägen auch in dem Stadtrat auch wiederfinden.

Sie haben vollkommen Recht, momentan ist das der Beschluss des Stadtrates, der aber nicht mehr umsetzbar ist, wenn die Gewerkschaften nicht verhandeln wollen und das hat der Geschäftsführer klar geäußert. Er hat klargemacht und deutlich diskutiert, auch nach allen Seiten, sowohl an die Intendanten als auch an die Mitarbeiter gesagt: Wir sind hier groß in Not, die Gewerkschaften haben die Verhandlungen aktuell abgebrochen. Und deshalb ist

momentan das, was Sie beschlossen haben, was wir beschlossen haben, momentan, wäre dann nicht mehr Gegenstand und wir müssten nachbessern. Frau Wünscher.

Frau Dr. Wünscher

Ja, aber das stellt sich mir ein bisschen anders dar, weil die Gewerkschaften immer betont haben im Moment, zurzeit, sind sie nicht bereit, über einen Lohnverzicht nachzudenken, wenn sie aus Magdeburg keine positiven Signale bekommen. Das bedeutet nicht, dass sie generell nicht bereit sind, darüber zu verhandeln. Und es gibt nun mal aus Magdeburg keine klare Aussage.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Es gibt eine klare Aussage des Geschäftsführers, gucken Sie sich seine Schreiben an und das ist äußerst ungünstig und da bitte ich auch um Verständnis, dass ich das nicht mache. Ich werde keine Verantwortung, weder zu den Gewerkschaften oder zum Land schreiben. Wir sind nach wie vor in Verhandlung mit dem Land und da geben Sie mir bitte die Gelegenheit, genauso wie ich es Ihnen vorgeschlagen habe, einen schlüssigen Wirtschaftsplan dann vorzulegen im Juni, so wie ich es auch angekündigt habe. Und bitte geben Sie uns die Gelegenheit, sowohl dem Geschäftsführer als auch meiner Person, mit dem Land, mit den Gewerkschaften auch so zu verhandeln. Das, was der Geschäftsführer gemacht hat, hat einen Zwischenstand gegeben. Er hat gesagt, die Gewerkschaften wollen aktuell nicht verhandeln.

Die Diskussionen mit dem Land sind noch nicht abgeschlossen und von daher, bitte verunsichern Sie nicht alle Personen, das gilt auch an alle Beteiligten, sondern geben Sie uns die Gelegenheit, ganz sachlich diesen Vorgang aufzubauen und wie Sie alle wissen, kommt im Juni der Wirtschaftsplan 2018 und dann nach der Sommerpause kommt der Wirtschaftsplan 2019 und dann können wir darüber diskutieren. Das ist die Grundlage.

zu 9.3 Herr Bönisch zu Schaukeln auf Spielplätzen

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Herr Bönisch, bitte.

Herr Bönisch

Ich habe auch zwei Fragen. Die eine, ich hatte angeregt, mal zu prüfen, ob man Schaukeln auf den innerstädtischen Spielplätzen errichten könnte. Da wäre es ganz nett, wenn Sie mal so wie bei anderen Anregungen auch eine kurze Reaktion geben, ob das geprüft wird und ob möglicherweise Erfolgsaussichten bestehen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Frau Riedel, bitte.

Frau Riedel

Ja, das war eine Anregung im Stadtrat Herr Bönisch, wir haben das natürlich aufgegriffen. Wir haben das geprüft und können Ihnen aber mitteilen, dass wir für die Spielplätze ja meist auch eine Kinder- und Jugendbeteiligung machen. Wenn wir neue Spielplätze errichten, wie jetzt auch wieder eine Vorlage kommt, dann kommen die Vorschläge meistens aus den Kindern, die dort vor Ort dann diese Spielplätze nutzen und die setzen wir um. Manchmal ist eine Schaukel dabei, wie auch am Heidesee das ja passiert ist und manchmal ist sie halt nicht dabei, weil dann eine Kletterkombination, die dort errichtet wird, je nachdem, wo wir uns gerade befinden. Also auch Schaukeln errichten wir auf den Spielplätzen.

Herr Bönisch

Ja, und ich hatte gesagt, diese innerstädtischen, also da an der Thalia-Wiese und im Paulusviertel und am Landesmuseum. Dort sind keine gängigen normalen Schaukeln und da hatte ich angeregt, mal zu prüfen, ob man das nicht ergänzen könnte. Also, nicht, dass es überhaupt so gar keine Schaukel gibt. Vielleicht denken Sie nochmal darüber nach, denn das ist tatsächlich immer, egal welche Kinderbeteiligung stattfindet, die Kinder mit denen ich auf Spielplätze gehe, dann suchen die immer eine Schaukel.

Frau Riedel

Auf den konkreten Spielplätzen, die Sie jetzt nennen, die sind so gebaut wie sie im Rat beschlossen worden sind. Denn gerade Thalia-Theater, also Thalia haben wir hier gehabt. Wir hatten auch am Museum für Ur- und Frühgeschichte, das sind Spielplätze, die wir richtig beschlossen haben.

Herr Bönisch

Könnte man vielleicht ja trotzdem mal nachbessern, wenn das Konzept sich nicht bewährt hat. Also, ich habe es gesagt und es wäre schön, wenn irgendwann auf einem der Spielplätze eine Schaukel erschiene.

zu 9.4 Herr Bönisch zum Abschleppen von Fahrzeugen

Herr Bönisch

Meine zweite Frage...Gibt es eine Regel zu folgendem Sachverhalt: Es ist gerade jemand abgeschleppt worden, der sein Auto zu Unrecht in einen Bereich abgestellt hat, wo Halteverbot steht, außer Taxi. Und angeblich haben die Taxibetriebe den abschleppen lassen und durfte sich dann das Auto wieder abholen. Gibt es dazu eine Regel in der Stadt? Weil normalerweise, sozusagen, kennt man ja eigentlich abschleppen nur bei Gefahr im Verzug oder sowas, aber so ein Taxihalteplatz ist ja nun eigentlich, ja, nicht so gefährlich, wenn da jemand anderes steht. Meine Frage einfach: Gibt es da eine Regel oder ist das den Taxiunternehmen anheimgestellt, das zu machen und müssen die sich dann mit irgendwelchen Anwälten vor Gerichten streiten. Ist das geregelt oder nicht, wäre meine Frage.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Herr Bönisch, wenn Sie uns das konkretisieren, wo das gewesen ist, wie das gewesen ist, dann kann ich das nachvollziehen. Taxiunternehmen haben grundsätzlich nicht die Ermächtigung, Abschleppaufträge zu erteilen. Das nimmt auch grundsätzlich keiner an. Es muss also letztendlich von der Stadt ausgehen.

Zwischenrufe.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Das wäre lieb...

Herr Bönisch

Dann gebe ich Ihnen mal das Papier, was dazu existiert. Habe ich nicht, aber das besorge ich mir dann.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ja ok, dann können wir da konkret mal nachgehen und dann kann ich darauf antworten. Grundsätzlich ist es so, wie Sie es gesagt haben, nur bei Gefahr im Verzug, Behinderung auf

dem Gehweg oder Ähnliches. Ansonsten ist das Prinzip der Verhältnismäßigkeit nicht angebracht.

Herr Bönisch

Ja, also ich war mal auf einem Parkplatz gestanden, der Privat gekennzeichnet war, hatte ich übersehen. Das war bis dahin nicht so gewesen und war abgeschleppt worden und da hatte ich keine Chance dagegen vorzugehen, obwohl da auch keine Gefahr im Verzug war aber...

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand.

Vielleicht war es eine Baumaßnahme, Herr Bönisch.

Herr Bönisch

Nein, das war so ein Privatvermieter, der dann bis dahin frei gewesen war. Also, gut ich reiche das mal nach.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Genau. Dann können wir das an dem Beispiel nochmal nachvollziehen.

Herr Bönisch

Ja, vielleicht kann man das ja dann nochmal publik machen, dass die Taxiunternehmen das auch wissen, denn es ist schon ärgerlich.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ok. Herr Krause bitte.

zu 9.5 Herr Krause zur TOOH

Herr Krause

Ich möchte nochmal auf die TOOH zu sprechen kommen. Ich war bei der Versammlung auch dabei. Die Verunsicherung ist in der Tat jetzt nicht durch die Fragestellerin gekommen, sondern Herr Brenner hat Sie wortwörtlich zitiert. Er hat das tatsächlich vorgelesen, erst mal begrüßt und dass Sie in Köln zur Beisetzung sind, alles okay, und hat dann in etwa so gesagt, ich sage es aus dem Gedächtnis, dass Sie der Belegschaft mitteilen, dass Sie nicht für Haustarife sind.

Das ist natürlich eine klare Message gewesen, eine Botschaft, die mit entsprechender Begeisterung aufgenommen worden ist. Und die Frage, die sich dann gestern im Finanzausschuss daraus entwickelt hat: Ist es tatsächlich so, sind Sie von der Position abgerückt? Weil das würde ja Konsequenzen haben. Sie haben jetzt die Situation ein Stück erklärt, wie es sich aus Ihrer Sicht darstellt. Alles d'accord, kein Thema.

Man hätte vielleicht noch anmerken können, vielleicht hätte man bevor man den Beschluss fasst, mit den Gewerkschaften mal vorher reden sollen. Die hatten die Position auch schon eher, sind aber nicht angesprochen worden. Nur mal so als kleine Fußnote. Aber was bedeutet das denn in der Endkonsequenz?

Gehen Sie in die Verhandlungsposition? Das ist meine klare Frage jetzt. Gehen Sie in die Verhandlungsposition weiterhin mit dem Land, dass Sie zu diesem Konzept stehen oder sagen Sie im Grunde, nein, also Haustarif ist für uns jetzt im Grunde obsolet. Ich meine, es muss doch dann irgendwo weitergehen, wenn wir da nicht weiterkämen und das war sozusagen auch die Frage, die gestern im Finanzausschuss eine Rolle gespielt hat, würde

das ja einen diversen Aufwuchs bringen, den wir wahrscheinlich unterm Strich zu tragen hätten, wenn das Land sich überhaupt nicht bewegt.

Und wir reden ja nicht über Peanuts, sondern richtig viel Geld. Mit anderen Worten, wie ist Ihre Haltung da wirklich? Sagen Sie, ich lasse das jetzt noch offen, weil bestimmte Gespräche noch laufen oder sagen Sie, Sie sind weg von dem Konzept, es muss komplett neu verhandelt werden? Ich will es einfach nur verstehen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ich hatte es ja eben deutlich gemacht. Der Geschäftsführer hat vor mehreren Tagen schriftlich an alle Bediensteten, an alle Mitarbeiter, das ist auch weitergetragen worden, ein Schreiben aufgesetzt, in dem er deutlich gemacht hat, dass die Gewerkschaften derzeit nicht über Haustarife verhandeln.

Das hat die logische Konsequenz, dass man dann auf solchen Sitzungen natürlich in irgendeiner Weise auch sagen muss und auch signalisieren muss, wie es weitergeht. Das heißt, wenn dieses wichtige Bausteinchen wegfällt, dann bedeutet das, dass wir unser Strukturanpassungskonzept 2.0 überarbeiten müssen, dringend. Und das bedeutet, dass hier der Beschluss des Stadtrates so nicht ausführbar ist. Deshalb müssen wir unsere Verhandlungsposition gegebenenfalls ändern und der Geschäftsführer hat den Auftrag, darauf jetzt zu reagieren und Vorschläge auch einzureichen, dass Sie den Wirtschaftsplan im Juni auf dieser Grundlage bekommen und natürlich auch den nächsten Wirtschaftsplan 2019.

Die Verhandlungen mit dem Land sind noch nicht abgeschlossen. Die Reihenfolge, das ist es. Also erst war die Mitteilung: Die Gewerkschaften beteiligen sich nicht. Erst dann kam die Stellungnahme, dann müssen wir reagieren und dann müssen wir uns umstellen. Meine persönliche Meinung habe ich eben in der Anfrage von Frau Wünscher schon gesagt.

Herr Krause

Dann habe ich nochmal eine Nachfrage zur Reihenfolge jetzt. Heißt das jetzt, es geht auf jeden Fall, es muss vorher in den Aufsichtsrat bevor es in den Rat geht?

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Natürlich, in dem Moment.

Herr Krause

So, das heißt, bevor die Sitzung Aufsichtsrat ist, findet dann sozusagen auch das Gespräch zwischen den Sozialpartnern statt? Habe ich das richtig verstanden?

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ja, wenn Sie sagen, Sie möchten nicht mehr verhandeln, kann es nicht mehr stattfinden.

Herr Krause

Na, ich sowieso nicht, aber ich will die Reihenfolge verstehen, weil....

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Momentan ist die Reihenfolge so wie das in dem Schreiben von Herrn Rosinski auch beinhaltet ist. Das heißt, er hat sich klar geäußert. Frau Wünscher hat ja zitiert, so in etwa, dass aktuell es nicht möglich ist, weiter zu verhandeln. Eine Garantie und eine Sicherheit in der TOOH und aufgrund der Gegebenheiten, die wir in der Stadt haben, dass wir nach wie vor unter der sehr schwachen Finanzlage bei uns auch leiden, ist auf Dauer nicht abzugeben.

Und wenn momentan die Gewerkschaften nicht verhandeln wollen mit dem Geschäftsführer, dann ist das eine Auskunft, auf die ich mich einstellen muss oder wir uns einstellen müssen und ich möchte mit Ihnen einen Vorschlag diskutieren. Daran wird momentan gearbeitet, aber ich brauche erst noch die Verhandlungsposition des Landes und da sind wir dran.

zu 9.6 Frau Dr. Wünscher zur TOOH

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Frau Wünscher.

Frau Dr. Wünscher

Jetzt muss ich aber doch nochmal nachfragen, denn die Situation für 2018 Wirtschaftsplan ist ja eine andere, als für 2019. In 2018 die Haustarifverträge laufen ja noch und daran wird sich auch nichts ändern. Wir haben da eine Deckungslücke von...

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Die laufen ja aus, das wissen Sie ja.

Frau Dr. Wünscher

Wie bitte?

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Die laufen ja aus.

Frau Dr. Wünscher

Ja, aber das spielt doch für 2018 keine Rolle mehr. Für 2019 spielt das, was Sie gesagt haben alles eine Rolle. Aber für 2018 nicht. Für 2018, da wird keine Gewerkschaftsbeteiligung mehr benötigt. Dieser Wirtschaftsplan ist ja schon im Januar im Aufsichtsrat bestätigt, er hat eine Finanzierungslücke von 2 und ein bisschen Millionen und die müssen gefunden werden. So, und das hat mit den Gewerkschaften erst einmal gar nichts zu tun. Das hat was mit dem Land zu tun, mit den Verhandlungen mit dem Land und dann, wenn das Land nicht bereit ist, zu den Dingen, die wir uns vorstellen gut, dann sind wir auf uns zurückgeworfen. Aber insofern ist die Situation für 2018 eine andere als für 2019.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ich habe nichts anderes behauptet.

zu 9.7 Herr Wolter zur TOOH

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Herr Wolter, bitte.

Herr Wolter

Ich wollte nicht, aber das ist wirklich jetzt eine schwierige Kiste. Wir waren gestern im Finanzausschuss schon sehr überrascht von der Information zu Ihrer Aussage. Das, was Sie jetzt dargestellt haben, klingt jetzt ein bisschen so, als ob das alles, sag ich mal so, im Fluss wäre. Aber da ist nichts im Fluss. Herr Oberbürgermeister, wir haben einen Beschluss gefasst mit einer Diskussion. Das, was Sie jetzt darstellen, ist wirklich für mich, sag ich mal, lustig, weil ich kann ja sagen: Toll, der hat seine Meinung geändert, hat anscheinend eine Position bezogen, die irgendwo jetzt durch die Information der Gewerkschaften passiert ist. Also, das ist eine sehr knappe Entscheidung, auch mit Ihrer Stimme gewesen, dass dieses

Zukunftskonsolidierungskonzept so gefasst wurde wie das, das Sie als Aufsichtsratsvorsitzender der TOOH und des Oberbürgermeister als Verwaltung hier eingebracht haben.

Das öffentlich zu erklären und bejubelt zu werden ist das eine. Aber das Schwierige ist für mich in der Sache, das kann man ja sagen, das kann auch Ihre persönliche - jetzt sage ich mal Gesinnungswandeln oder sonst was sein -, dass das jetzt irgendwie nicht mehr der ideale Weg ist. Das kann ich alles nachvollziehen, aber es ist für mich so, dann würde ich von Ihnen gerne hören: „Wir ändern so schnell wie möglich das Konsolidierungskonzept“, weil das ist die absurde Situation. Sie müssen sich vorstellen, das hört der Staatsminister Robra, das hört der Staatssekretär Schellenberger, dass Sie das sozusagen offen...das ist doch sofort am nächsten Tag oben. Ob das nun jemand berichtet oder im gleichen Moment. Das heißt, eigentlich liegt dort ein Papier vor, was Sie nicht mehr unterstützen, also was Sie – jetzt, sage ich mal - durch Ihre Position nicht mehr unterstützen.

Ich habe das Gefühl, da haben wir hin diskutiert, dass wir mehr vom Land verlangen. Jetzt klingt es so, als ob wir verlangen nicht so viel, weil wir ja die Mitarbeiter beteiligen. Am Ende heißt es, dass wir 1,7 Millionen selbst tragen müssen, weil...insgesamt dann 3,2 dann... und das finde ich das Schwierige. Also, für mich wäre die Verfahrensweise eigentlich in der Sache so: Wir haben ein Konsolidierungskonzept, was Sie jetzt anscheinend nicht mehr als zukunftsfähig sehen, wir müssen das verändern, dann kann erst der Wirtschaftsplan 2019 angefasst werden und dann kann eigentlich erst eine Diskussion irgendwo zum Land ordnungsgemäß passieren, also habe ich das Gefühl.

Wir sind aber jetzt nicht im Finanzausschuss, ich wollte nur das, für mich bewegt sich das eher in diese Richtung, dass man...ansonsten ist der Beschluss ja wirklich mal cool, dann können wir den von mir aus gerne aufheben am nächsten Mittwoch und sagen: Der gilt nicht mehr, weil Sie jetzt diese aktuellen Kenntnisse haben. Zumindest Ihre Aussagen sind für mich gegen dieses verabschiedete Konzept im Moment.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ich möchte mich jetzt nicht wiederholen. Ihre Gefühle möchte ich auch nicht beschreiben und die Art. Die Frage ist, wie geht man damit um. In dem Moment, wenn die Gewerkschaften erklären, sie sind nicht mehr dabei, das ist das Schreiben, was Herr Rosinski rumgeschickt hat, zum wiederholten Mal, dann bedeutet das, dass der Beschluss, den Sie getroffen haben nicht mehr umsetzbar ist, weil ein wesentlicher Baustein fehlt. Und dann ist die Frage, wenn es vorher schon klar war, dann wundere ich mich, dass Sie Ihre Zustimmung erteilt haben.

Herr Krause

Ich habe wohl darauf hingewiesen, dass die Gespräche laufen sollen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Die Gespräche sind vom Geschäftsführer angekündigt worden. Es ist klar auch gesagt worden, das wurde mehrheitlich im Stadtrat auch unterstützt, das gesagt wurde, wir sprechen mit den Gewerkschaften und es besteht eine gute Chance, dieses auch zu bekommen. Jetzt ist dem nicht so, also muss der Geschäftsführer Gelegenheit haben, sich umzustellen und ich kann Ihnen nur sagen, wenn die Gewerkschaften dem nicht zustimmen, dann ist für niemanden der Beschluss des Strukturanpassungskonzeptes 2.0 umsetzbar, weil die Verhandlungen mit den Gewerkschaften ein wesentlicher Teil ist und dann müssen Sie reagieren.

Und diese Reaktion und den Vorschlag, den kriegen Sie mit dem Wirtschaftsplan, beziehungsweise dann auch mit dem Wirtschaftsplan 2019 vorgelegt. Und Sie kriegen auch mit dem Wirtschaftsplan die Lösung oder den Lösungsvorschlag vorgelegt. Aber bitte geben Sie allen Beteiligten mit dieser Situation, das Schreiben ist jetzt 4, 5 Tage alt des

Geschäftsführers, geben Sie allen die Möglichkeit, darauf auch zu reagieren. Und ich halte nichts davon, in irgendeiner Weise den Personen, den Mitarbeitern und immer wieder das Thema Insolvenz reinzubringen und immer wieder zu diskutieren. Die TOOH wird nicht in die Insolvenz gehen, das wissen Sie auch und immer wieder diese Angstmacherei und nach außen hinaufschreien und darstellen: „Wir gehen Insolvenz“.

Es werden Lösungen gesucht und diese Lösungen werde ich Ihnen vorstellen mit den Wirtschaftsplänen 2018 und 2019. Und das ist meine Überzeugung und das ist alles machbar und möglich und wir sind in Verhandlungen. Und bitte geben Sie mir auch die Zeit. Sie kriegen rechtzeitig den Wirtschaftsplan und dann können wir gerne weiter drüber diskutieren, aber die Verhandlungszeit muss ausgeschöpft werden.

Herr Wolter

Ganz kurz, Herr Oberbürgermeister.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ich habe nichts in den Mund genommen, sondern wenn Sie die Schriftsätze sehen und die Diskussionen, die Sie als zum Teil in der Vertretung der Gewerkschaften auch nach außen hin kommunizieren und Anlass war für einen Aufruf der Mitarbeiter in der TOOH, dann ist das eine Situation, die man machen kann, selbstverständlich, aber die in der Umsetzung auf der Lösungssuche nicht sehr hilfreich sind. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen und von daher sind wir momentan in der Diskussion.

Herr Wolter

Ganz kurz, Herr Oberbürgermeister.

Ich hätte nur die...erstmal finde ich es gut, im positiven Sinne mal gesagt, dass Sie das nochmal ausräumen, weil das hat ja auch niemand erwähnt, dass es in irgendeiner Form hier eine Gefahr um die Existenz der TOOH geht.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Es ist erwähnt worden und nach der Versammlung erwähnt worden und das geht durch die Stadt und ist auch in dem Schreiben erwähnt worden, des Geschäftsführers an alle Beteiligten.

Herr Wolter

Ich möchte nochmal positiv darstellen, dass Sie das sozusagen auch nochmal ausräumen. Ich glaube, da sind wir alle gemeinsam hier am Tisch im gleichen Interesse. Das, was Sie sagen ist konkret und richtig und dass die Zeit notwendig ist, auch. Für mich ist nur der Punkt, Sie haben das selbst erwähnt, beim Land liegt im Moment das Konsolidierungskonzept 2.0 vor, das ist die Grundlage der Verhandlung und der Finanzierungszusage für den Theatervertrag und die Theatervereinbarung für die nächsten Jahre mit dem Land. Wenn das sozusagen von Ihnen öffentlich und jetzt nochmal bestätigt in Frage gestellt wird, wo das einfach nicht klar ist, was ist denn dann die Verhandlungsgrundlage? Also, was haben wir denn für eine Forderung?

Das ist für mich der Punkt, wo ich sage, wenn wir das ändern wollen, weil das auch, entschuldigen Sie, aber da erinnere ich Sie an meine Aussagen zu der Diskussion, da habe ich gesagt, wir waren mehrere, es war ja ein sehr... ich glaube, eine Stimme oder zwei Stimmen mehr haben dort sozusagen...es war keine große Mehrheit zu diesem Konsolidierungskonzept, weil einige das definiert haben, sagen, wir gehen eher mit einer großen Forderung mit, ohne diese ohne, sag ich mal, tarifrechtliche Vereinbarungen, die den Lohnverzicht beinhalteten, an das Land heran. Und da ist für mich der Punkt.

Wann wollen wir das tun? Also, mit welchen Unterlagen wollen wir denn das Land jetzt konfrontieren? Das kann man natürlich alles mündlich besprechen, aber Sie haben überhaupt noch gar keinen Beschluss dazu, mit irgendwas vorzugehen. Und deswegen mein Hinweis nochmal, wenn Sie denn eine Vorlage bringen, müssten Sie auf jeden Fall den Beschluss aufheben, weil das ist im Moment ja Ihre, ich sage mal, Verhandlungsgrundlage und nicht in irgendeiner Form Schriftsätze.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Wenn sie darüber sprechen möchten, wie wir mit dem Land verhandeln, dann würde ich vorschlagen, wir machen das im nicht öffentlichen Teil weiter.

zu 9.8 Herr Feigl zum Sachstand Sanierung Schule und Kita Jägerplatz

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Herr Feigl, bitte.

Herr Feigl

Ich verlasse jetzt mal den Themenblock...

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Warum?

Herr Feigl

Weil ich andere Fragen dazu habe. Also zu anderen Themen Fragen habe. Drei Fragen, und zwar hätte ich ganz gerne einen aktuellen Sachstand zur Sanierung der Schule und Kita Jägerplatz gewusst.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Wird schriftlich gemacht.

zu 9.9 Herr Feigl zum Stadtmarketing

Auf Antrag des Stadtrates Christian Feigl wurde zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll erstellt.

Herr Feigl

Die zweite Anfrage bezieht sich auf die Neubesetzung der Stelle Stadtmarketing. Es ist ein bisschen in unserer Fraktion die Unsicherheit darüber aufgekommen, da Sie offensichtlich einen Kandidaten befürworten, wozu es nach Abschätzung und Absprache auch mit den Fraktionsvorsitzenden noch keine Unterstützung dahingehend gegeben hat. Ich würde gerne fragen, woher Sie die Legitimation nehmen, diesen Kandidaten zu unterstützen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Der Oberbürgermeister kann zu jeder Angelegenheit mitstimmen, das ist immer unter Vorbehalt und das wird er auch in Zukunft tun. Sie haben die Möglichkeit, jederzeit mich anzuweisen, dazu gibt es eine ordnungsgemäße Finanzausschusssitzung. Die anderen Dinge müssen wir im nicht öffentlichen Teil besprechen.

Herr Feigl

Ich hätte gerne ein Wortprotokoll zu diesem Tagesordnungspunkt.

Ende Wortprotokoll.

zu 9.10 Herr Feigl zur Ordnung und Sicherheit auf der Peißnitzinsel

Herr Feigl

Meine dritte Frage bezieht sich auf die Ordnungssituation auf der Peißnitz. Beim vergangenen Pfingstwochenende hatte ich das Gefühl, dass der Autoverkehr auf der Peißnitzinsel größer gewesen ist, als zeitgleich auf dem Riebeckplatz. Also es waren also wirklich sehr, sehr viele Autos dort unterwegs, die teilweise auf Grünflächen geparkt haben, die teilweise vor dem Peißnitzhaus gestanden haben.

Also meines Erachtens ist es ja, sozusagen die gesamte Peißnitz oder der Bereich der Peißnitzinsel für PKW-Verkehr gesperrt. Ich würde gerne fragen, wie die Stadtverwaltung sicherstellt, dass gerade an solchen hochfrequentierten Wochenenden die Ordnung und Sicherheit gerade in der Richtung sichergestellt wird.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Der Ordnungsbereich stellt das dadurch sicher, indem er wichtige Hinweise, wie der von Ihnen, berücksichtigt und damit umgeht und versucht es abzustellen.

Herr Feigl

Vielleicht formuliere ich es auch als Anregung, bei den kommenden Wochenenden verstärkt diesen Bereich Peißnitzinsel durch Ordnungskräfte zu begehen und dann entsprechend daraufhin zu wirken, dass auch das Park- und Fahrverbot dort durchgesetzt wird.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Selbstverständlich habe ich meine Äußerung nicht nur auf das nächste Pfingstfest bezogen.

zu 9.11 Frau Dr. Bergner zur Kulturstiftung des Bundes

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Frau Bergner, bitte.

Frau Dr. Bergner

Ich möchte nur eine harmlose Nachfrage stellen. Ich hatte im Februar nach der Bundeskulturstiftung und den Kontakten, die die Stadt da pflegt und vielleicht auch voranbringt, gefragt. Hab ich da eine Antwort übersehen oder ist das immer noch nicht gekommen?

Frau Dr. Marquardt

Wir haben schon eine Antwort vorbereitet, da müssen wir schauen, wo das hängengeblieben ist.

Frau Dr. Bergner

Im Februar war es, ja? Naja, mit der Leopoldina ging es mir ähnlich. Es kann irgendwie langsam eine Regel werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Wir versuchen die Regel zu durchbrechen.

zu 9.12 Frau Dr. Wünscher zu Mitgliedschaften

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Frau Wünscher.

Frau Dr. Wünscher

Wir haben vorhin einen Beschluss gefasst zur Unterstützung vom Max-Planck-Institut. Wie sieht das aus mit den Fraunhofer Instituten? Wie ist unser Engagement dort?

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Das ist ganz einfach, Sie stellen die Anträge, wir legen die Anträge vor und dann werden wir uns beraten und dann beschließen wir das, wenn Sie das möchten.

Frau Dr. Wünscher

Ja. Meine Frage wäre jetzt erstmal, ob das überhaupt möglich ist in den Fraunhofer Instituten, dass die...

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Wir haben mit den Fraktionsvorsitzenden vereinbart, dass wir diese Diskussion über einzelne Unternehmen, über einzelne Gesellschaften hier nicht öffentlich führen. Wenn Sie der Auffassung sind, bitte stellen Sie einen Antrag, dann wird darüber abgestimmt.

Ende Wortprotokoll

zu 10 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand beendete die öffentliche Sitzung des Hauptausschusses und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Dr. Bernd Wiegand
Oberbürgermeister

Maik Stehle
Protokollführer